

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 21408), Görresstraße

Nr. 81/82

Bonn, den 31. Oktober 1956

X. Jahrg.

Kommunalwahlen und ihre Lehren

Zug zum Zweiparteiensystem — Unglaublichkeit der FDP-Politik

Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen haben vor allem die innerpolitische deutsche Weiterentwicklung zum Zweiparteiensystem erkennt lassen. Mehr als die Hälfte der Wähler haben für die beiden großen Flügelparteien gestimmt, obwohl diese Entwicklung durch das vorhandene Wahl- system keineswegs gefördert wird.

Die beiden großen Parteien CDU und SPD, haben beträchtlichen, die SPD sogar markanten Zuwachs zu verzeichnen. Der eigentliche Verlierer der Schlachten ist die FDP mit ihrem Feldherrn Dehler und dem Düsseldorfer Generalstab an der Spitze. Die kleinen Gruppen, BHE, Zentrum und FVP, sind fast ganz auf der Strecke geblieben, bzw. in den meisten Gemeinden gar nicht zum Zuge gekommen. Unter den nichtsozialistischen Parteien hat sich die CDU als einzigen Faktor von Gewicht erwiesen.

Der Wahlkampf ist durchweg, trotz mancher guter sachlicher Absichten, auf der großen politischen Ebene geführt worden. Der beträchtliche Stimmenzuwachs der SPD wird von manchen Beobachtern darauf zurückgeführt, daß die oft in der rüdesten Form betriebene Propaganda in der Wehrfrage doch auf bestimmte Kreise der Neuwähler Eindruck gemacht hat. Der Appell an die Verantwortungslosigkeit gegenüber einer sicherlich durchweg nicht als angenehm emp-

fundenen Pflicht hat stets gewisse, wenn auch meist zeitlich begrenzte Erfolge gehabt. Man denke nur an die Stimmungsentwicklung von 1952, ein Jahr vor den Bundestagswahlen, zurück. Hinzu kommt die Preisgestaltung, vor allem auf dem Lebensmittelmarkt, die der Durchschnittswähler gern losgelöst von den übrigen Preisen und von der allgemeinen Einkommensentwicklung zu betrachten pflegt. Auch die bisher noch nicht erfolgte, wenn auch bevorstehende Einführung des Versprechens einer großzügigen Rentenreform hat mitgewirkt. In dieser Frage war eine besonders tiefstehende Agitation von Unaufrichtigkeit und bewußter Hetze in gewissen Flugblättern festzustellen. Zur Erklärung der 882 000 von der SPD in Nordrhein-Westfalen gewonnenen Stimmen (CDU gewann 465 000) ist noch zu bedenken, daß ja die 304 000 KP-Stimmen in sehr starkem Maße der SPD zugute gekommen sind. In Solingen z. B. gewann die SPD 13 000 Stimmen, die KPD zählte 1952 12 000 Stimmen.

Wähler gegen Schaukelpolitik

Eine sehr schmerzliche und hoffentlich beachtete Lehre hat der Wahlausgang der FDP erteilt. Das stete Schwanken ihrer Politik, das sich bis zur Kontaktaufnahme mit der SED-hörigen LDP verstieß, hat ihr schwere Einbußen gebracht. Daß dabei die FVP nicht stärker zum Zuge kam, mag wenigstens zum guten Teil durch die Kürze der Zeit zu erklären sein, die zur Verfügung stand. Ansonsten haben zahlreiche Wähler die undurchsichtige Haltung der FDP dadurch honoriert, daß sie angesichts des Pendelns ihrer bisherigen Partei zwischen CDU und SPD ihre Stimme je nach Geschmack gleich einer der beiden großen Parteien gaben. Der Mißerfolg der FDP in Nordrhein-Westfalen ist um so beachtenswerter, als sie seit 8 Monaten in der Regierung sitzt und eine geradezu wilde Agitation entfaltet hat. Die Wähler haben ihre Meinung über den Sturz der Regierung Arnold denjenigen Parteien zum Ausdruck gebracht, die als Hauptschuldige an den damaligen Vorgängen anzusehen sind, der FDP und dem Zentrum, das noch unter die 5%-Klausel herabgedrückt wurde. Zum Beweise hier-

für kann der Fall Rheydt angeführt werden. Dort hatten SPD, FDP und Zentrum geglaubt, das Düsseldorfer Experiment auf kommunaler Ebene wiederholen zu können. FDP und Zentrum mußten dieses Manöver mit einem 50%igen Verlust an Mandaten bezahlen. In Hessen hat die FDP eine geradezu katastrophale Niederrage zu verzeichnen. Von 20,5% bei den letzten Kommunalwahlen ist sie auf 8,7% abgesunken, während die CDU sich im Verhältnis zu der schwierigen Situation und dem gegnerischen Druck gut behaupten konnte. Am besten hat sich die FDP in Niedersachsen gehalten, wo sie in der Koalition mit der CDU sitzt und am wenigsten vom Dehler-Kurs beeinflußt wurde.

Wenn der Erfolg von Gemeindewahlen natürlich auch keine sichere Grundlage für allgemeine Schlüssefolgerungen abgibt, so sind doch bestimmte Tendenzen in der Entwicklung festzustellen. Die SPD hat die CDU in dem Gewinn an Stimmenzuwachs überflügelt. Das gilt vor allem für eine Anzahl größerer Städte. Die Ursachen haben wir bereits angedeutet. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß auch

Bitte, bedenken Sie . . . !

Prof. Ludwig Erhard:

Die Realaufkraft der weit überwiegenden Mehrheit unseres Volkes ist nach dem steilen Aufstieg der vergangenen Jahre heute größer denn je, und sie nimmt ständig weiter zu. Nach der Verabschiedung des Rentengesetzes wird auch noch den Armsten eine sehr fühlbare Verbesserung ihres sozialen Seins zuteil werden. Überdies genießt die Bundesrepublik den wohlverdienten Ruf, eines der billigsten Länder der Welt zu sein.

*

Wir vergessen nur allzu gern, daß nicht nur die Palette unseres Verbrauchs immer breiter geworden ist, sondern daß wir uns auch, was die Qualität unseres Konsums anlangt, in einen weitaus höheren Standard hineingelegt haben.

*

Nicht zuletzt aus Neidkomplexen erklärt es sich, warum organisierte Interessengemeinschaften unseres Volkes oft so heftig gegeneinander um möglichst große Vorgaben im Wirtschaftsablauf ringen, warum alle zu gleicher Zeit ihren Anteil am Sozialprodukt steigern wollen.

*

Wer im Bewußtsein seiner Unentbehrlichkeit einen schnelleren Anstieg seines Einkommens oder eine radikalere Kürzung seiner Arbeitszeit erzwingt, als es die wachsende Ergiebigkeit der Arbeit durch den Einsatz immer neuer technischer Mittel erlaubt, der darf sich nicht wundern, wenn er einen Teil seines Mehrverdienstes verliert, weil die überhöhten Herstellungskosten, die er damit verursacht, nur über steigende Warenpreise wieder hereingeholt werden können. So geht es jedenfalls nicht, daß nach der bekannten Methode „Halte den Dieb!“ die Regierung angeklagt wird, versagt zu haben, weil sie solcherart zu stande gekommene Preiserhöhungen nicht verhindern konnte.

*

Die jetzt in neuer Auflage vorgebrachte These von der sogenannten „aktiven Lohnpolitik“, die die unlösbare Bindung der Einkommen an den Stand bzw. den Zuwachs der Produktivität leugnen möchte, läßt eine bedrohliche Entwicklung voraussehen. Gerade der deutsche Arbeiter müßte das größte Interesse daran haben, nicht der Verblendung des Augenblicks zu erliegen.

(Aus einer Rundfunkansprache.)

gewisse innere Gründe mitgespielt haben, wie sie vor allem auf dem letzten Parteitag in Stuttgart als Forderung nach einer Entwicklung zu einer Mitgliederpartei laut wurden. Die CDU steht vor der Notwendigkeit, sich stärker als bisher zu einem geschlossenen politischen Organismus mit bewußter Willensbildung in den eigenen Reihen und über die Kreise der eigenen Parteianhänger-

schaft hinaus zu entwickeln. Am deutlichsten aber haben die Lehren der Wahl die FDP angesprochen. Die Wähler gehen, so zeigte sich, nicht mit, wenn man sich nach sieben Jahren Mitarbeit und Verantwortung im letzten Jahr für eine wilde und sprunghafte Opposition entscheidet. Wer sich einmal gegen die eigene Glaubhaftigkeit versündigt, kann vom Wähler kein Vertrauen erwarten.

Die große Wandlung

„In Europa hat sich die Lage grundlegend gewandelt“ so etwa heißt es in der sowjetischen Antwortnote auf das deutsche Memorandum zur Wiedervereinigungsfrage. Das ist ein Satz, dem in seiner vollen Bedeutung heute nachdrücklich zuzustimmen ist, allerdings in einem anderen Sinne, als die Sowjetdiplomatie es gemeint hat, während sie die Note formulierte.

Seit langem, vielleicht seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, hat es wohl kein Ereignis gegeben, dessen Auswirkungen von so unberechenbar großer Tragweite für die Entwicklung in Europa sein können, wie die revolutionären Bewegungen in Polen und Ungarn. Im Kreml mag man sich heute vielleicht fragen, ob es überhaupt geschichtlich möglich ist, eine Diktatur in gleicher Richtung weiterzuführen, wenn der Diktator gestorben und eine Oligarchie an seine Stelle getreten ist. Die sogenannte „Entstalinisierung“ hat zweifellos Schleusen geöffnet, die das Regime des Kreml außerhalb und vielleicht auch innerhalb seiner Grenzen nun bedrohen. Unverkennbar ist die Tatsache, daß das imperialistisch-aggressive Sowjetregime von Verfallserscheinungen bedroht ist, die unter Umständen auch an die Substanz ihrer Herrschaft gehen. Es hat den Anschein, als ob die von stärkster Selbstüberhebung getragene Offensive des Kommunismus gegen Europa gestoppt ist.

In Polen wie in Ungarn versuchen die neuen Regierungschefs die Revolution zu kanalisieren, um zu retten, was für Moskau zu retten ist. Dem polnischen Kommunismus ist es — zumindest bisher — gelungen, die Zügel in der Hand zu halten und zu verhindern, daß aus der scheinbaren Befreiung vom äußeren sowjetischen Joch der untergründige echte Freiheitsdrang sich auch gegen diesen Kommunismus selbst durchsetzt. In Ungarn ist den Kommunisten die Führung zeitweise aus der Hand geglitten. Der neue Herrscher, Imre Nagy, hatte bereits die Maske fallen lassen, als er die sowjetischen Truppen zur Hilfe gegen die sogenannten „konterrevolutionären“ Aufständischen zu Hilfe rief. Das Ausmaß und die elementare Kraft des Aufstandes beseitigten jeden Zweifel: Hier richtet sich der Stoß gegen den Kommunismus schlechthin — man verlangt die echte Freiheit. Die Forderung nach freien Wahlen ist der entscheidende Test.

Die Sowjets wissen, was für sie auf dem Spiel steht. Greifen sie nicht ein, ist die Bedrohung ihrer Existenz nicht aufzuhalten. Geben sie ihre im wesentlichen vorsichtige Haltung zugunsten offener Gewalt auf, ist ihr Prestige nicht nur in Ungarn und den Ostblockstaaten, son-

dern vielleicht auch im Nahen und Fernen Osten gefährdet. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Sowjets im Weltsicherheitsrat sich gegen die Behandlung der Vorgänge in Ungarn gewendet mit der Begründung der „Einmischung in innerungarische Angelegenheiten“. Imre Nagys Bemühung um einen Waffenstillstand zeigt die Absicht, im Hinblick auf die Verhandlungen vor der UNO rechtzeitig über die Runden zu kommen. Eines steht heute schon fest: Moskau hat eine Schlappe erlitten, deren Auswirkungen psychologisch von größerer Bedeutung sind als die aktuellen militärischen und machtpolitischen Vorgänge.

Für Deutschland können die Vorgänge im Osten, so schmerzlich im menschlichen Bereich diese Kämpfe sind, Anlaß zu neuen Hoffnungen bedeuten. Wir hören täglich aus der sowjetischen Besatzungszone, mit welch leidenschaftlichen Hoffnungen die Menschen jede Nachricht aufnehmen und diskutieren. Hier, nicht in der Sphäre krampfiger „Kontaktnahme“ mit diskreditierten Parteifunktionären, liegen die wirklichen Erwartungen. Das klägliche Gerede der bedrohten ostzonalen Machthaber über den Putsch bezahlter „Konterrevolutionäre“ verstärkt nur den Eindruck völliger Hilflosigkeit. In Ungarn hat sich gezeigt, daß auch die Macht der Panzer, auf die Ulbricht allein vertraut, nicht ausreichen kann.

Die Ankunft des neuen sowjetischen Botschafters Smirnow in der Bundesrepublik erfolgte gerade zu diesem bedeutsamen Zeitpunkt. Herr Smirnow soll ein Mann sein, der soweit das möglich ist nicht nur Akteur des Kreml ist. Angesichts der „grundlegenden Änderung der Lage in Europa“ sollte sich nun auch eine grundlegende Änderung der Sprache zwischen Ost und West im Sinne eines echten Verhandlens ergeben. In Luxemburg haben am Wochenende Deutschland und Frankreich mit der Unterzeichnung des Saarabkommens bewiesen, daß auch in schwierigen Fragen der Weg diplomatischer Verhandlungen der einzige erfolgreiche ist. Die deutsche Westgrenze ist ohne Verbitterung auf beiden Seiten festgelegt. Man wird sich nun innerhalb der westlichen Gemeinschaft in verstärktem Maße dessen bewußt werden müssen, daß die Einheit des Westens auf der Basis des europäischen Zusammenschlusses entscheidend die Anziehungskraft der Demokratie gegenüber dem Osten stärken kann. Die Entwicklungen im östlichen Block sollten eine verstärkte Mahnung sein, eine echte und lebensfähige Gemeinschaft in Europa zu schaffen, die von den unterdrückten Völkern nicht als Gefahr, sondern als Schutz und Sicherheit, als offene Tür zum Beitritt, empfunden wird.

Nicht der hochgerüstete Status quo zwischen den Machtblöcken, ein bisher von Moskau begünstigtes System, das alle Spannungen hüben und drüben stehen läßt, sondern der Wille zum Ausgleich auf der selbstverständlichen Grundlage des Friedens ist das Ziel, auch für den Osten, das in Klarheit, Unbeirrbarkeit und Geduld die Bundesregierung immer verfolgt hat. Wenn jemals, so bestätigt die Entwicklung der letzten Tage die Richtigkeit dieser politischen Linie. Und wenn die CDU/CSU gerade zu diesem Zeitpunkt Berlins Anspruch auf die alte Funktion als Hauptstadt mit Entschiedenheit angemeldet hat, so zeigt auch dieser Schrift, mag er vielleicht auch seit längerem erwogen sein, den bedeutsamen Wandel der Lage.

Berlin - die Hauptstadt

Schon seit längerer Zeit überlegten sich einige CDU-Abgeordnete im Bundestag, wann und wie man am besten durch die Tat beweisen kann, daß Berlin nicht nur die ehemalige Reichshauptstadt, sondern nach wie vor die Hauptstadt Deutschlands ist. Das Echo auf die letzte Tagung des Bundestages in Berlin und vor allem die jüngsten Ereignisse in den Gebieten hinter dem Eisernen Vorhang haben nun einen konkreten Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion ausgelöst. Zunächst soll in Berlin ein Gebäude errichtet (oder hergerichtet) werden, das einen geordneten Ablauf der Arbeit gewährleistet. Die ursprünglich große Zahl der Skeptiker hat sich nach eingehender Diskussion der praktischen und auch der materiellen, vor allem aber der politischen Umstände sehr stark verringert. Wenn der Bundestag zu einem möglichst frühen Zeitpunkt seine Arbeiten in Berlin aufnimmt, so ist dies nicht nur, wie die zahlreichen Zuschriften aus der Zone beweisen, eine politische Demonstration. Wenn ein Anfang damit gemacht wird, Berlin als das gelten zu lassen, wofür man es in Wahrheit stets hielt, nämlich

als den Mittelpunkt deutschen Landes, so zeichnet sich damit eine politische Zielsetzung deutlich ab, die ihren Eindruck auf alle Gebiete hinter dem Eisernen Vorhang machen wird.

Die Abgeordneten reisen auch nach Bonn zu den Sitzungen stets von auswärts an. Es ist also praktisch wenig Unterschied darin, ob sie künftig öfters als bisher statt nach Bonn nach Berlin fahren. Freilich wird man zunächst die Tagesordnung des Parlaments für Berlin möglichst so abstimmen müssen, daß der jeweilige Bedarf an ministeriellen Kräften gering ist. Die Praxis zeigt, daß sich dies ermöglichen läßt. Die Länder hinter dem Eisernen Vorhang brauchen nicht nur ein anerkennendes Wort aus dem Bereich der Freiheit. Sie brauchen Mut, aus dem wiederum allein die Kraft wächst, um die Freiheit zu ringen und an ihren Wert zu glauben. Die Verbundenheit mit den Menschen hinter dem Eisernen Vorhang, in erster Linie natürlich mit unseren Brüdern und Schwestern in der sowjetischen Besatzungszone, ist die legitime Waffe gegen die östliche Herrschaft.

Jugendschutz muß verbessert werden

Seit Monaten stehen alle mit der Jugend zusammenhängenden Probleme im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen. Auch der Bundestag beschäftigte sich in der vergangenen Woche mit diesen Fragen. Ausgangspunkt waren ein Gesetzentwurf für einen verbesserten Jugendarbeitsschutz und ein CDU/CSU-Antrag, das Schutzalter für Jugendliche von 16 auf 18 Jahre heraufzusetzen.

Die Bundestagsdebatte verstärkte von neuem einen Eindruck, der in der letzten Zeit immer wieder beweiskräftig belegt wurde: die deutsche Jugend ist in ihrem Kern gesund geblieben. Trotzdem bleibt die seelische und geistige Bedrohung und Gefährdung der Jugend bestehen. Darum wird alle Sorge darauf zu verwenden sein, daß die Zahl der Jugendlichen, die nun einmal — das kann nicht abgestritten werden — aus der gesellschaftlichen und geistigen Ordnung gekommen sind, nicht noch weiter wächst. Das kann aber, wie es in der Debatte klar zum Ausdruck kam, nicht mit Polizeigewalt erreicht werden. Dazu ist eine positive Förderung der Jugendlichen durch alle dazu berufenen behördlichen und privaten Stellen notwendig, denen auch die Bundesregierung jede ihr mögliche Hilfe leisten muß. Zum zweiten sind klare gesetzliche Schutzmaßnahmen notwendig, die sich aber nicht gegen die Jugendlichen richten sollen, sondern gegen die, die die jungen Menschen aus reiner Gewinnsucht heraus seelisch verwirren oder ihre Arbeitskraft über Gebühr beanspruchen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder gab vor Eröffnung der Beratungen eine Regierungserklärung ab, die eine aufschlußreiche Übersicht über das brachte, was die Bundesregierung seit sechs Jahren an vorbeugenden Förderungsmaßnahmen geleistet hat. Dr. Schröder konnte darauf verweisen, daß auf dem Wege des Bundesjugendplanes bisher 220 Mill. DM für die Zwecke der sozialen Jugendhilfe und der Jugendbildung ausgegeben worden sind. Mit diesen Geldern wurden 800 Lehrer- und Jugendwohneime errichtet. In diesen und in weiteren 600 ohne Bundeshilfe erbauten Heimen fanden rund 640 000 Lehrerlinge und Jungebeiter eine Heimat für viele Jahre. Außerdem sind 4600 berufsfördernde Kurse, Lehrgänge, Ausbildungswerkstätten eingerichtet worden, die bis zu 152 000 Jugendliche durchlaufen haben. Damit ist ein entscheidender Beitrag zur Behebung der Berufsnott unter den Jugendlichen getan worden. Darüber hinaus haben über 400 000 junge Menschen an staatsbürgerlichen Kursen und Seminaren teilgenommen, 300 000 Jugendliche konnten an internationalen Begegnungen teilnehmen. 140 neue Jugendherbergen, Jugendhäuser sind mit den Mitteln des Jugendplanes errichtet worden, und im Rahmen der Grenzlandprogramme wurden über 2000 örtliche Jugendheime unterstützt. 480 Jugendbibliotheken wurden gefördert, 200 000 Freiplätze für erholungsbedürftige Jugendliche konnten bereitgestellt werden, über 100 000 Berliner Jugendliche kamen zu Fahrten in die Bundesrepublik. Jeder vierte jugendliche Flüchtling aus der SBZ nimmt an Eingliederungsmaßnahmen teil, die mit Hilfe des Bundesjugendplanes geschaffen wurden.

In der Debatte ist immer wieder der gute Geist der Mehrheit der deutschen Jugend gegenüber einer Minderheit von sog. „Halbstarken“ und kriminell veranlagten Jugendlichen zitiert worden.

Fast zur gleichen Zeit wurde diese Feststellung durch eine EMNID-Umfrage unter den Jugendlichen erhärtet. Die Christlich-Demokratische Union, deren politische Arbeit gerade in den Reihen der jungen Menschen verankert ist, hat sich diesen Gedanken nie verschlossen. Aber sie kann nicht die Gefahren übersehen, die noch immer die junge Generation zu gefährden drohen. Im Bewußtsein dieser Verantwortung hat sie darum den Antrag auf Erhöhung des Schutzalters gestellt, der in der Debatte diskutiert wurde. Damit soll den 16- bis 17-jährigen ein Schutz vor gewissen Filmen, Varietéveranstaltungen, verrohenden Schaustellungen und den Auswirkungen der Spielautomaten gesichert werden. Minister Dr. Schröder stellte sich im Verlauf der Debatte namens der Bundesregierung mit erfreulicher Deutlichkeit hinter diese Gesetzesnovelle der CDU/CSU.

In diesem Zusammenhang machte Minister Dr. Schröder auch grundsätzliche Ausführungen über Pressefreiheit und Presseverantwortung. Er

gab klar zu verstehen, daß die Bundesregierung stets und ständig an der Wahrung weitestgehender Pressefreiheit interessiert ist. Gerade deswegen könnte aber nicht gelegnet werden, daß ein bestimmter Teil der Presse den Nihilismus praktiziere. Dr. Schröder forderte dagegen von allen, die die Presse gestalten, ein Bekenntnis zu Glaube, Wahrheitsliebe, Sachlichkeit und Achtung vor der Würde des einzelnen. Er verteidigte die Anwendung des Gesetzes gegen die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und drückte den Wunsch aus, die Presse möge sich zu einer Art freiwilliger Selbstkontrolle entschließen.

Als eine zweite gesetzgeberische Abwehrmaßnahme, die das Wohl der Jugend zum Ziele hat, wurde die Frage des Jugendarbeitsschutzes diskutiert. Staatssekretär Sauerborn vom Bundesarbeitsministerium zählte die Bemühungen der Bundesregierung auf, eine sachgerechte Reform des Jugendarbeitsschutzes durchzuführen. Er erklärte, der Entwurf für ein Jugendarbeitsschutzgesetz sei fertiggestellt und werde jetzt unmittelbar dem Kabinett zur Entscheidung vorgelegt.

Es ist dringend zu wünschen, daß diese beiden Probleme möglichst bald ihren gesetzgeberischen Abschluß finden und dann dazu beitragen, daß die Diskussionen über Jugendgefährdung und die Gefahr der Halbstarken überflüssig werden.

Familienheimgesetz gefährdet?

Eigentumsbildung und Schaffung von wirklichen Familienheimen, namentlich für kinderreiche Familien, bilden die wesentlichen Schwerpunkte des vor der Sommerpause verabschiedeten Zweiten Wohnungsbaugesetzes.

Das Erste Wohnungsbaugesetz war diesem Anliegen nicht ausreichend gerecht geworden, und sorgfältige Untersuchungen hatten ergeben, daß der überwie-

gende Teil der Bevölkerung dem Eigenheim weitaus den Vorrang gibt.

Die Durchführung des Gesetzes ist Sache der Länder, denen vor allem der Erlass von Ausführungsbestimmungen obliegt. Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, soll in den Ausführungsbestimmungen anscheinend nicht nur die Vorrangstellung der Eigentumsbildung, sondern auch die in § 26 des Gesetzes festgelegte Rangordnung für die öffentliche Förderung, die an erster Stelle den Neubau von Familienheimen nennt, wenn nicht direkt aufgehoben, so zumindest stark verwässert werden. Stattdessen soll es in das Ermessen der Bewilligungsstellen gestellt werden, ob sie den Familienheimbau als zur Beseitigung der Wohnungsnot erforderlich und damit für förderungswürdig halten oder nicht. Auch eine Anzahl weiterer Bestimmungen läuft den Absichten des Gesetzgebers offenbar zuwider und dient nicht der Förderung, sondern eher der Erschwerung der Eigentumsbildung.

Man muß einer derartigen Tendenz mit aller Entschiedenheit widersprechen und mit Nachdruck verlangen, daß das Wohnungsbau- und Familienheimgesetz unverfälscht so durchgeführt wird, wie es der Gesetzgeber in aller Eindeutigkeit beschlossen hat. In Kreisen, denen das Zweite Wohnungsbaugesetz unbestreitbare Rechte eingeräumt hat, besteht die Absicht, die Bundesregierung zu bitten, nötigenfalls auf dem Rechtswege die verfassungsmäßige Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten. Man will überdies dem Bundesminister für Wohnungsbau nahelegen, sich vor der Verteilung von Wohnbaumitteln für das kommende Baujahr zu vergewissern, ob die Durchführungsrichtlinien dem klaren Gesetzesbefehl entsprechen.

Ministerpräsident von Hassel

Aus evangelischer Sicht: Brennende Zeitprobleme

Bundesminister Dr. Schröder sprach in der Hamburger Petrikirche

Zum Evangelischen Männersonntag 1956 sprach von der Kanzel der Hamburger Hauptkirche St. Petri zu 1500 Männern der Bundesinnenminister über die Frage: „Was heißt ‚evangelisch‘ in der öffentlichen Verantwortung?“ Von der gleichen Kanzel hatte am Männersonntag 1954 Dr. Hermann Ehlers sich zum letzten Mal an die evangelische Öffentlichkeit gewandt, und Dr. Schröder stellte seine Sicht der gegenwärtigen Lebensfragen und Tagesprobleme aus evangelischer Verantwortung unter das Vermächtnis des verstorbenen Bundestagspräsidenten sowie des heimgangenen Bundesministers Dr. Tillmanns. Beide Männer seien Vorbilder dafür gewesen, wie man öffentliche Verantwortung aus evangelischem Glauben wahrnehmen solle und könne.

Zum Thema der Wiedervereinigung erklärte Dr. Schröder, wie epd meldet, es gehe hier zutiefst mehr um das Gebot „Liebe deinen Nächsten“ als um Staatsverträge und Rechtstitel. Nicht in erhebenden Feierstunden, sondern in der täglichen Liebe zueinander zeige es sich, ob evangelische öffentliche Verantwortung wirklich wahrgenommen werde. Die Wiederherstellung eines ungeteilten Deutschlands trage heute ganz andere

Man hat zehn Jahre an uns herumgedeutelt, man sprach von den „Schwarzen“, man plakatierte in anderen Parteien das Bild Luthers und schrieb in Balken dazu: „Den lassen wir uns nicht nehmen.“ Es gab Parteien, die ihren gesamten Wahlkampf nur damit bestritten, uns evangelische Wähler durch anti-katholische Affekte der CDU zu entfremden und für sich zu gewinnen.

Ich behaupte und habe stets behauptet — und das trifft heute noch zu: Es sind gar nicht so sehr die wirklichen evangelischen Christen, die draußen in unserem Lande derartige Trommeln röhren. Es weiß jeder, daß wir nicht in die Kompetenz der Kirchen eingreifen, die Kirchen nicht in unsere; wir wollen niemanden in seinem Glauben beeinflussen. Was wir dagegen wollten und wollen, das ist dieses: Evangelische und katholische Christen zusammenführen in den Fragen unseres Staates, weil wir glauben, daß bei einer Entfremdung beider voneinander, bei einem Riß, bei einem Graben, der beide trennt, gemeinsames Handeln in christlicher Verantwortung nicht mehr gegeben sein wird.

Ministerpräsident von Hassel

Züge als die von früher her bekannten Auseinandersetzungen um die Rückgängigmachung von Gebietsverlusten. „Die heutige Auseinandersetzung ist unlöslich verwoben mit der Begegnung mit dem dialektischen Materialismus. Wenn wir uns der bekannten Prophezeiung Lenins erinnern, daß die bolschewistische Revolutionierung Deutschlands zum Weltfolg des Bolschewismus unerlässlich sei, dann werden wir von der Gefahr behütet sein, die heutige bolschewistische Ausgangsposition auf deutschem Boden dadurch ausräumen zu können, daß wir — wie es so schön heißt — zu guten Gesprächen der Deutschen untereinander kämen. Das hieße die wirkliche Lage verharmlosen und die Widerstandskraft schwächen.“

Dr. Schröder beschäftigte sich im Verlaufe seines umfassenden Vortrages auch mit Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik wobei er nachdrücklich vor Gefahren eines Wohlfahrtsstaates warnte. Zu den Fragen

des Schrifttums erklärte er, es sei eine der dringendsten Aufgaben evangelischer Verantwortung, darauf hinzuwirken, daß diejenigen, die die Presse machen, sich an die Werte wie Glauben, Wahrheitsliebe, Sachlichkeit und Menschenwürde gebunden fühlen, um den Nihilismus überwinden zu helfen. Man könne nicht die Augen davor verschließen, daß uns heute hier und da in der Presse eine Richtungs- und Bindungslösigkeit begegne, ein unbewußter, zwar gelegneter, doch gleichwohl tagtäglich praktizierter Nihilismus, der sich zu einer Gefahr für die Pressefreiheit selbst und für die Toleranz im öffentlichen Leben auszuwachsen drohe. „Wir werden in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Osten nicht bestehen, wenn wir den

Kampf um eine wirklich freie, nicht von der Sensationslust getriebenen Presse, um eine verantwortliche Presse nicht endlich aufnehmen“, rief Dr. Schröder aus.

In diesem Zusammenhang wandte sich der Redner gegen unberechtigte Angriffe auf das sogenannte Schmutz- und Schundgesetz und bezeichnete die Einrichtung einer freiwilligen Selbstkontrolle auf dem Gebiet des Schrifttums als mindestens ebenso nötig wie die für den Film geschaffene freiwillige Selbstkontrolle. „Hier geht ein schlechender Vergiftungsprozeß vor sich, dem aus evangelischer Verantwortung entschiedener als bisher entgegengewirkt werden muß.“

Dr. Schröder schloß seine Ausführungen mit einem Überblick über das Verhältnis zwischen dem einzelnen und der Obrigkeit. Dr. Ehlers habe mit Recht darauf hingewiesen, daß der Gebrauch des Wortes „Protestanten“ zu einer gefährlichen Verengung des evangelischen Bewußtseins geführt habe. „Die bloße und grundsätzliche Gegnerschaft zur Regierung ist sicher noch kein Beweis für evangelisches Bekennertum. Es gilt, den Sinn dafür zu schärfen, daß große und dauernde Aufgaben des Staates gibt, die nur erfüllbar sind, wenn seine richtig verstandene notwendige Autorität gestärkt wird.“

Aus Schleswig-Holstein:

Zum Streik in der Metallindustrie

Die Christlich-Demokratische Union, Landesverband Schleswig-Holstein, stellt mit Bedauern fest, daß alle Bemühungen ihres Landesvorsitzenden von Hassel in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident wie auch des Oppositionsführers Käber (SPD) um eine Vermittlung in dem Arbeitskonflikt in der Metallindustrie erfolglos gewesen sind. Die CDU stellt entgegen anders lautenden Behauptungen fest, daß Ministerpräsident von Hassel jede ihm zumutbare Möglichkeit, Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern herbeizuführen, ausgenutzt hat. Im Gegensatz dazu hat der Vorsitzende der IG-Metall im Landesbezirk des DGB, Willumeit, Herrn von Hassel zu einem entscheidenden Zeitpunkt mitgeteilt, daß er und seine Mitarbeiter für mehrere Tage von Schleswig-Holstein abwesend und daher nicht zu sprechen sein würden.

Im einzelnen stellt die CDU fest:

1. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1956 ist die Arbeitszeit in der Metallindustrie von 48 auf 45 Stunden herabgesetzt worden. Das entspricht einer effektiven Lohnsteigerung um $6\frac{1}{2}\%$. Um weitere $1\frac{1}{2}\%$ sind die Löhne erhöht worden. Damit ist im Sektor Metallindustrie erst vor drei Wochen eine tatsächliche Lohnerhöhung um 8% eingetreten.

2. Es ist bisher nicht üblich gewesen, Forderungen, die eine Neugestaltung des Rahmentarifs zum Ziel haben — wie z. B. Urlaubsgeld, Urlaubsdauer und Lohnausgleich im Krankheitsfall — kurzfristig und in ultimatischer Form bei gleichzeiti-

ger Streikdrohung zu erzwingen. In Bayern z. B. verhandelt die IG-Metall bereits seit zwei Jahren um einen neuen Manteltarif. Das bestärkt den Verdacht, daß in Schleswig-Holstein, wo im Gegensatz zu Bayern die CDU die Hauptlast der Regierungsverantwortung trägt, mit den Streik zugleich eine politische Kraftprobe ausgetragen werden soll.

3. Die CDU erinnert daran, daß die Gewerkschaften bisher immer wieder die Notwendigkeit betont haben, im Zusammenwirken aller gutwilligen Kräfte die Angleichung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsniveaus an den Bundesdurchschnitt zu sichern. Die CDU sieht in der Ausrufung des Streiks eine Preisgabe dieses von allen Seiten anerkannten Grundsatzes. Die Abwanderung von Reparaturaufträgen von den schleswig-holsteinischen Werften an Betriebe in anderen Bundesländern, die bereits zu umfangreichen Entlassungen von Arbeitern geführt hat, zeigt, wie der Streik zur Schwächung der mühsam geschaffenen Wirtschaftskraft unseres Landes führen muß.

4. Die CDU bedauert, daß die IG-Metall es trotz eindringlicher Mahnung abgelehnt hat, gemeinsam mit den Arbeitgebern, die im Tarifvertrag ausdrücklich vorgesehene Schlichtungsstelle anzurufen. Auch das zwingt zu dem Schluß, daß die IG-Metall den Kampf um jeden Preis gewollt hat. Damit wird, wenige Wochen vor dem Weihnachtsfest, eine Situation heraufbeschworen, die gewiß nicht zum Wohl weiter Kreise der schleswig-holsteinischen Arbeitnehmerschaft sein kann.

A V 1 Landtagswahlen

Kommunalwahlen in drei Bundesländern

Am 28. Oktober fanden in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen die Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Insgesamt waren etwa 17,8 Millionen Einwohner wahlberechtigt. Die Beteiligung erreichte durchweg die der Gemeindewahlen von 1952.

Für Nordrhein-Westfalen zeichnete sich folgendes Bild der Stimmenverteilung ab: Die CDU vermochte trotz des starken Drucks der übrigen Parteien ihre Gesamtposition nicht nur zu behaupten, sondern vielenorts noch erheblich zu verbessern. Die SPD hat gegenüber den letzten Wahlen größere Gewinne zu verzeichnen, namentlich in den Großstädten, und zwar in erster Linie dadurch, daß sich die Stimmen der Kommunisten, die wegen des Verbots dieser Partei eigenen Kandidaten nicht mehr zugute kommen konnten, auf die Listen der anderen marxistischen Partei sammelten.

Die FDP hat in NRW durchweg sehr erhebliche Rückschläge zu verzeichnen, eine Quittung der Wähler für das Verhalten dieser Partei im Februar 1956, als durch das Intrigenspiel ihrer „Düsseldorfer Garnitur“ die Regierung Arnold zu Fall gebracht und derjenigen unter Steinhoff (SPD) in den Sattel geholfen wurde. BHE und FVP sind über den Status von Splitterparteien nicht hinausgekommen. Der Stimmenanteil des Zentrums ging in NRW im ganzen stark zurück. Diese Partei verlor z. B. in Düsseldorf 6000, in Duisburg 9000, in Aachen 1000 Stimmen. In Wuppertal, wo das Zentrum bisher vier Mandate im Rat hatte, wird es künftig fehlen. Auch in einigen Kreisen des Regierungsbezirkes Köln ist die Entwicklung rückläufig.

Endergebnis Nordrhein-Westfalen

	Komm.	Bundes-
	Wahl	tag
	1952	1953
SPD	3 306 893	44,3
CDU	2 842 317	38,1
FDP	714 191	9,6
Zentrum	298 674	4,0
BHE	211 335	3,0
FVP	26 951	
DP	17 956	
Sonstige	46 000	

Endergebnis Hessen

In Klammern sind angegeben die prozentualen Vergleichszahlen der Landtagswahlen 1954 (an erster Stelle) und der Bundestagswahlen 1953:

SPD	1 121 437	47,4	(42,6)	(33,2)
CDU	501 260	21,2	(24,1)	(33,2)
FDP	203 816	8,7	(20,5)	(19,7)
BHE	186 312	7,9	(7,7)	(4,6)
FVP	38 529	1,3	(—)	(—)
Sonstige	316 641	13,4	(1,7)	(3,5)

Niedersachsen

In Niedersachsen war die Auszählung der Stimmen am schwierigsten, weil dort die verschiedensten Wahlbündnisse eingegangen wurden und jeder Wähler drei Stimmen abgeben konnte. Bis zum Redaktionsschluß lagen noch keine endgültigen Ergebnisse vor.

Einzelergebnisse

Stadt Köln: Wahlbeteiligung 66,1 v. H.; CDU 141 265 (1952: 125 580), SPD 155 057 (108 219); FDP 24 440 (33 344); BHE 5738 (5175); FVP 10 847 (—).

Stadt Bonn: Wahlbeteiligung 75 v. H. CDU 28 916 (25 868); SPD 20 425 (12 807); FDP 7927 (9122); BHE 2121 (2504); FVP 2267.

Stadt Düsseldorf: Wahlbeteiligung 72 v. H.; CDU 130 831 (98 104); SPD 161 315 (96 960); FDP 30 150 (37 736); Zentrum 8084 (14 022); DP 8291 (6516); BHE 4530 (7626).

Stadt Wuppertal: Wahlbeteiligung 69,7 v. H.; CDU 63 067 (43 751); SPD 98 738 (72 409); FDP 24 821 (41 558); Zentrum 7563 (11 493); BHE 5219 (3704); FSU 3560.

Stadt Aachen: Wahlbeteiligung 72,6 v. H.; CDU 38 131 (30 693); SPD 29 529 (21 651); FDP 6984 (11 246); Zentrum 1226 (2374); BHE 1220.

Stadt Essen: Wahlbeteiligung 73,5 v. H.; CDU 138 348 (111 856); SPD 183 631 (129 027); FDP 22 667 (28 689); Zentrum 12 023 (23 340); BHE 2202 (4 885).

Stadt Duisburg: SPD 135 471 (98 082); CDU 78 093 (59 659); FDP 16 494 (21 009); BHE 5242 (—); Zentrum 5985 (10 185).

31. Oktober 1956

A IV 8 b Berlin

CDU-Antrag: Berlin Hauptstadt der Bundesrepublik

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat am 25. Oktober einen Antrag beschlossen, der folgendes zum Inhalt hat: Die Hauptstadt Deutschlands, Berlin, ist damit auch die Hauptstadt der Bundesrepublik. Der Bundestagspräsident soll beauftragt werden, in Berlin ein Parlamentsgebäude zu errichten. Die Mittel dafür sollen im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Dieser Antrag soll unverzüglich dem Bundestag vorgelegt werden. Zunächst soll das Parlamentsgebäude in Berlin den Bundestag bei häufigeren Tagungen in der ehemaligen Reichshauptstadt aufnehmen.

31. Oktober 1956

A I e Saargebiet

Die Bedeutung des Saarvertrages

Das Auswärtige Amt veröffentlichte folgende deutsch-französische Erklärung, die am 27. Oktober 1956 anlässlich der Unterzeichnung des Saarvertrages in Luxemburg abgegeben wurde: „Die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik haben den Vertrag zur Regelung der Saarfrage, den Vertrag über die Schiffsbarmachung der Mosel, den Vertrag über den Ausbau des Oberrheins und ein Niederlassungsabkommen unterzeichnet. Dieser Tag ist von geschichtlicher Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen. Diese Beziehungen haben auf politischem Gebiet ihre Grundlage in den Verträgen vom 23. Oktober 1954 und entwickeln sich zu enger Zusammenghörigkeit. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern haben auf Grund der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Rat für die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit und auf Grund zweiseitiger Handelsabkommen, insbesondere des langfristigen Abkommens von 1955, eine glänzende Entwicklung genommen. Auch die kulturellen Beziehungen haben einen hohen Stand erreicht. Heute sind die letzten noch offenen Fragen geregelt worden.“

Die Verträge, die soeben unterzeichnet worden sind, sind das Ergebnis langer Verhandlungen. Eine Einigung war nur möglich dank beiderseitiger großzügiger Konzessionen und weil beide Länder sich ihrer europäischen Verantwortung bewußt sind. Die Opfer, die gegenseitig gebracht worden sind, zeugen von dem Willen der beiden Regierungen, einen neuen Abschnitt der deutsch-französischen Beziehungen zu beginnen, in dem die beiden Völker gemeinsam einer besseren Zukunft entgegenschreiten wollen. Es soll in Zukunft zwischen beiden Ländern nur noch solche Fragen geben, wie sie sich zwischen guten Nachbarn stellen.

Die beiden Regierungen erblicken in der jetzt gefundenen Regelung ferner die Erfüllung einer wesentlichen Voraussetzung für die Stärkung der freien Welt und die Zukunft Europas. Sie werden ihre gemeinschaftlichen Bemühungen um die Schaffung eines neuen Europas nunmehr in verstärktem Maße fortsetzen.“

31. Oktober 1956

A III 1 a CDU/CSU

Blank im CDU/CSU-Fraktionsvorstand

Der ehemalige Bundesverteidigungsminister Theodor Blank ist am 23. Oktober in den Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgenommen worden. Wie von der Fraktion mitgeteilt wurde, erfolgte der Aufnahmevertrag einstimmig.

31. Oktober 1956

A I a Auswärtige Beziehungen

Moskau lehnt Verhandlungen über Wiedervereinigung ab

Die Sowjetregierung hat am 23. 10. 1956 in einer Antwortnote an Bonn den Versuch der Bundesregierung zurückgewiesen, direkte Verhandlungen über die Wiedervereinigung aufzunehmen. Die zehn Seiten lange Note beantwortet das deutsche Memorandum vom 2. September. Die Sowjetunion fordert darin unverändert eine Einigung der beiden deutschen Staaten untereinander. Außerdem bieten die Russen einen Meinungsaustausch zwischen Bonn und Moskau über die Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Staaten zueinander an. Die Entwicklung zu normalen Beziehungen wird nach russischer Ansicht auch der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands förderlich sein. Der wesentliche Inhalt der Note läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Einseitige Handlungen der Westmächte hatten die Spaltung Deutschlands zur Folge. Die Regierung der Bundesrepublik hat durch den Abschluß der Pariser Verträge der Wiederherstellung der Einheit einen ernsten Schlag versetzt.

2. Das remilitarisierte Westdeutschland hat sich dem gegen die Sowjetunion gerichteten Militärblock der NATO-Staaten angeschlossen. Einflußreiche Kreise in Westdeutschland haben den Gedanken an eine Eroberung anderer europäischer Staaten nicht aufgegeben.

3. Die Sowjetunion ist zwar Anhänger der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat, aber es gibt bereits seit mehreren Jahren zwei selbständige deutsche Staaten. Eine Wiedervereinigung auf Kosten der Interessen der DDR, die den Weg des sozialistischen Aufbaues eingeschlagen hat, kann es nach sowjetischer Meinung nicht geben. Deshalb sollen sich beide deutschen Staaten untereinander einigen. Die Sowjetunion ist bereit, dabei zu helfen.

4. Gesamtdeutsche Wahlen werden abgelehnt. Dagegen wird eine Änderung des politischen Kurses in der Bundesrepublik gefordert.

5. Die Bundesregierung wird bezichtigt, Verleumdungen der DDR in ihrem Memorandum gebraucht zu haben. Die deutsche Note sei von einem Geist der Feindseligkeit und sogar der Feindschaft gegenüber der DDR durchdrungen.

6. Das von der Bundesregierung verfochtene Recht der Nation auf Selbstbestimmung ist nach Ansicht der Sowjetregierung unvereinbar mit der Bonner Behauptung, daß die Verantwortung für die Wiedervereinigung in erster Linie von den Regierungen der ehemaligen vier Besatzungsmächte getragen würde.

7. Das deutsche Memorandum enthält nach russischer Ansicht keinerlei konstruktive Vorschläge zu den Fragen der Wiedervereinigung und der Gewährleistung der europäischen Sicherheit. Moskau fordert erneut, daß erst ein Sicherheitspakt abgeschlossen wird unter Beteiligung der beiden heute existierenden deutschen Staaten, und daß dann über die Wiedervereinigung verhandelt werden soll. Lediglich die von der Bundesregierung erwähnten Vorschläge über eine demilitarisierte Zone zwischen Ost und West in Europa könnten unter Umständen von Interesse sein.

8. Der augenblickliche Stand der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik wird als nicht befriedigend bezeichnet. Im Sinne der im September 1955 in Moskau gegenüber Bundeskanzler Adenauer verfochtenen Politik endet die Sowjetnote mit der Forderung nach deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Außenhandel und über Maßnahmen zur allseitigen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern auf dem Gebiet der Kultur, Wissenschaft und Technik.

Das Echo auf die Sowjetnote

In einer ersten Stellungnahme der Bundesregierung zur sowjetischen Deutschland-Note erklärte Bundespresseschef von Eckhardt, trotz der vielen negativen Punkte erscheine ein weiterer Gedankenaustausch mit Moskau nützlich und sinnvoll. Zu ihrem positiven Urteil, das in Bonn überrascht hat, sei die Bundesregierung auf Grund folgender Überlegungen gekommen:

Die Sowjetunion rege einen weiteren Meinungsaustausch über die gegenseitigen Beziehungen an und betrachte dies als förderlich für die Wiedervereinigung.

Die Sowjetunion habe ihr Interesse bekundet, an den Vorschlägen über die entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa und an der vertraglichen Ausgestaltung des deutschen Verzichtes auf Gewaltanwendung.

Die Sowjetunion habe nicht die Forderung auf einen Strukturwandel in der Bundesrepublik, etwa nach dem Muster der DDR, erhoben.

Sie gestehe ausdrücklich nationale Streitkräfte zu.

Über die negativen Seiten der sowjetischen Antwortnote sagte von Eckhardt, es würden viele alte Argumente, zum Beispiel über die Existenz zweier deutscher Staaten und die Notwendigkeit direkter Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow, wiederholt. Besonders abwegig sei die Behauptung, daß die NATO einen aggressiven Charakter habe.

Im Gegensatz zur Meinung der Bundesregierung wurden in der sowjetischen Note von Sprechern der CDU/CSU-Fraktion die negativen Aspekte hervorgehoben. Man sollte, so wurde erklärt, vorher eine Antwortnote nach Moskau schicken, ehe man zu direkten Gesprächen komme.

A I a Auswärtige Angelegenheiten

Österreichs Bundeskanzler besuchte die Bundesrepublik

Der Bundeskanzler der Republik Österreich, Dr. h. c. Ing. Julius Raab, stattete vom 22. bis 24. Oktober 1956 auf Einladung der Bundesregierung einen Staatsbesuch in Bonn ab. Er war begleitet von dem Generalsekretär im österreichischen Bundeskanzleramt — Auswärtige Angelegenheiten —, Botschafter Dr. Schön, dem Chef des Protokolls, Gesandten Dr. Filz, dem Leiter des Bundespressedienstes, Sektionschef Dr. Meznik, und seinem persönlichen Referenten, Legationssekretär Dr. Steiner.

Der österreichische Bundeskanzler war mit seiner Begleitung Gast beim Bundespräsidenten, beim Bundeskanzler und beim Bundesminister des Auswärtigen.

Während des Besuchs wurden in freimütigem und freund schaftlichem Meinungsaustausch aktuelle Probleme der internationalen Politik und beide Länder gemeinsam berührende Fragen erörtert. Beide Regierungschefs gaben ihrer Verbundenheit mit dem europäischen Gedanken Ausdruck und stellten Übereinstimmung in den grundsätzlichen Zielen ihrer Politik fest, die auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens gerichtet ist. Es bestand Einverständnis darüber, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit die Voraussetzung für eine Entspannung und einen dauernden Frieden in Europa und der Welt ist. Bundeskanzler Dr. Adenauer stellte erneut fest, daß die Haltung der Bundesregierung gegenüber Österreich auf der Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit, Eigenstaatlichkeit und Neutralität beruht. Beide Regierungschefs waren darüber einig, daß gutnachbarliche und herzliche Beziehungen nicht nur im Interesse beider Länder, sondern auch Europas liegen.

Die Bundeskanzler nahmen mit Genugtuung von dem positiven Fortgang der Verhandlungen der in München tagenden deutsch-österreichischen Gemischten Kommission Kenntnis.

31. Oktober 1956

C c Landesparteien

Gebhard Müller nicht mehr CDU-Landesvorsitzender

Der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller hat nach neun Jahren den Vorsitz des CDU-Landesverbandes Württemberg abgegeben. Er wurde am 28. Oktober in Friedrichshafen mit großem Beifall für seine Arbeit zum Ehrenvorsitzenden ernannt und in den Landesvorstand gewählt. Dr. Müller bat um Verständnis für seinen Entschluß, den die Rücksicht auf Regierungsarbeit, Familie und Gesundheit notwendig gemacht hätte.

Zum neuen ersten Landesvorsitzenden wurde der 36jährige Diplomlandwirt und Kreisvorsitzende von Tettnang, Eduard Adorno, mit 93 von 109 Stimmen gewählt.

31. Oktober 1956

A IV i Presse, Film, Funk

Berlin wird Sitz des Langwellensenders

Die Vorbereitungen für den deutschen Langwellensender sind seit langem so weit gediehen, daß der Sendebetrieb ohne Aufschub begonnen werden kann. In einem Communiqué der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten der Bundesrepublik wurde am Wochenende ferner festgestellt, daß Berlin endgültiger Sitz des Langwellensenders sein wird. Um möglichst rasch mit den Sendungen beginnen zu können, ist jedoch für eine Übergangszeit eine provisorische Lösung unumgänglich. Das Provisorium sieht je eine Redaktion in Berlin und in Bonn und die Chefredaktion in Hamburg vor.

31. Oktober 1956

A IV 6 f Sozialversicherung

Bundestag beschließt Renten-Sonderzulage

Alle Empfänger von Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen, die für den Monat Dezember 1956 Anspruch auf Rente haben, erhalten für den Monat Dezember eine Sonderzulage von mindestens 21 DM. Die Empfänger von Witwen- und Witwerrenten mindestens 14 DM, die Empfänger von Waisenrenten 10 DM.

Für die Rentner, die nach dem am 30. November auslaufenden Gesetz einen Anspruch auf einen Rentenmehrbetrag haben, sind die genannten Sätze nur die Mindestsätze, da für sie die Sonderzulage aus dem Rentenmehrbetragsgesetz auf das Dreifache des ihnen bis zum 30. November zustehenden Rentenmehrbezugs festgesetzt ist. Damit werden mehr als die Hälfte der Rentner eine Sonderzulage erhalten, die über die oben mitgeteilten Mindestsätze hinausgeht. Im günstigsten Falle könnten sie eine Sonderzulage von 90 DM erhalten, da der Rentenmehrbetrag auf 30 DM begrenzt war. Die Kosten für die Sonderzulage belaufen sich auf etwa 240 Millionen DM, von denen der Bund etwa 75 Millionen DM trägt, während der Rest auf die Versicherungsträger entfällt.

Dieser Beschuß wurde am 26. Oktober 1956 nach heftigen Auseinandersetzungen im Bundestag einstimmig gefaßt, wobei SPD, FDP und BHE dem Gesetz nur mit Einschränkungen zustimmten.

31. Oktober 1956

A IV 13 a Allgemeines

SS und Bundeswehr

Das Bundesministerium für Verteidigung gab bekannt: Um die in der Frage der Wiederverwendung ehemaliger Offiziere der Waffen-SS aufgetretenen Irrtümer und Zweifel zu beheben, wird folgendes bekanntgegeben:

1. Ehemalige Waffen-SS-Offiziere im Dienstgrad eines Obersten oder Generals werden nicht wiederverwendet.
2. Die Einstellung der Waffen-SS-Offiziere vom Dienstgrad eines Oberleutnants an abwärts kann nicht erfolgen, wenn nicht die vom Personalgutachterausschuß vorgeschlagenen und vom Bundesverteidigungsministerium übernommenen Bedingungen erfüllt sind:
 - Besondere Prüfung der Bewerber
 - Überzeugtes Abrücken von den Vorstellungen des Nationalsozialismus und der Waffen-SS
 - Prüfung der besonderen Umstände, die zu einer Versetzung von der Wehrmacht oder der Polizei zur Waffen-SS geführt haben.
3. Es steht fest, daß eine große Zahl ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS ohne ihr eigenes Zutun oder gar gezwungen in die Waffen-SS eingestellt worden ist.
4. Mit dem Ziel
 - a) eine allen politischen Bedenken Rechnung tragende Lösung zu finden
 - b) getreu den rechtsstaatlichen Grundsätzen individuelles Unrecht zu vermeiden, ferner
 - c) eine einheitliche Handhabung sicherzustellen, wird aus demokratisch in jeder Hinsicht besonders bewährten und einwandfreien Offizieren eine zentrale Prüfgruppe eingerichtet, die durch zwei Beisitzer vermehrt werden soll. Der Personalgutachterausschuß ist vom Bundesminister für Verteidigung gebeten worden, der Prüfgruppe zwei Beisitzer aus seinen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

31. Oktober 1956

A IV 1 b Beamtenfragen

Beamtenkartell fordert Aufbesserung der Gehälter

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenkartells, Präsident a. D. Gärtner, hat in einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer die Mitglieder des Bundeskabinetts, den Beamtenrechtsausschuß und die Fraktionsvorsitzenden des Bundesstages auf die „verhängnisvollen Folgen eines sozialen Abstiegs“ der Beamtenschaft hingewiesen. Das Beamtenkartell wiederholt die Forderung, in Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung die Grundgehälter auf 170 Prozent des Standes von 1927 anzuheben, was einer effektiven Gehaltsverbesserung von durchschnittlich 7½ Prozent entspräche.

31. Oktober 1956

A IV 3 a Allgemeines

Herbstaufschwung schwächer als gewöhnlich

Die Herbstaufschwung der westdeutschen Wirtschaft ist in diesem Jahr gemäßigter als in den letzten Jahren, wie das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Lagebericht für September 1956 feststellt. Die allmähliche Verlangsamung des konjunkturellen Wachstums habe weiter angehalten.

Die entscheidende Ursache hierfür sieht das BWM in der Dämpfung der Unternehmerfrage. Die Abschwächung der Investitionstätigkeit wird darauf zurückgeführt, daß die Unternehmer wegen des hohen Zinses ihre Lagerinvestitionen beschränken und die künftigen Expansionschancen nicht mehr so optimistisch beurteilen. Trotzdem hält das BWM die konjunkturelle Gesamtsituation noch für sehr labil, da der private Verbrauch nach wie vor zunimmt. Der Effekt des geringeren Investitionszuwachses auf die Entstehung von Arbeitseinkommen werde durch die steigenden Nominallohnbewegungen überkompensiert. Sollte der Lohnauftrieb, so stellt das BWM fest, weiterhin schneller fortschreiten als die Produktivität, so müßten zusätzliche konjunkturdämpfende Maßnahmen getroffen werden. Auch von der Auslandsnachfrage gingen unverändert starke Impulse aus, so daß die Dämpfung der Inlandsnachfrage nicht voll zur Auswirkung kommen kann.

31. Oktober 1956

A V f Nordrhein-Westfalen

Arnold bestreitet Vorwürfe der Düsseldorfer Koalition

Der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, bestreitet am 17. Oktober auf einer CDU-Kundgebung in Hagen, im Rundfunk erklärt zu haben, daß der „gemeinsame Angriff der Liberalen und Sozialisten“ auf die bewährten karitativen Einrichtungen und das Elternrecht ein Startschuß gegen die christlichen Grundsätze sei. Die Düsseldorfer Koalitionsparaden SPD, FDP und Zentrum hatten Arnold deswegen angegriffen.

Er habe auch nicht bestritten, sagte Arnold, daß die neue Landesregierung Zuwendungen an karitative Organisationen und Jugendgemeinschaften gegeben hat. Das sei im übrigen nichts besonderes, „denn für diesen Zweck hat der Landtag ja der Regierung das Geld zur Verfügung gestellt“. Wenn ihm Demagogie vorgeworfen werde, müsse er daran erinnern, daß der SPD-Bundestagsabgeordnete Heiland (Marl/Westfalen) am dritten Juni auf einer SPD-Landeskonferenz in Düsseldorf erklärt habe, Jugendheime, Kindergärten, Spielplätze und Krankenhäuser gehörten in die Hand der Gemeinden. Heiland habe ferner die Konfessionsschule abgelehnt und gesagt, das Recht der Kinder auf umfassendste Ausbildung stehe über dem Elternrecht.

Arnold betonte, er zweifle nicht daran, daß die Landesregierung zu ihrer Regierungserklärung steht. „Es ist aber keine Verdrehung der Tatsachen, wenn ich feststelle, daß die Erklärungen Heilands wesentlich anders lauten als die Regierungserklärung.“

31. Oktober 1956

A I a Auswärtige Beziehungen

NATO-Verpflichtungen werden erfüllt

Die Bundesrepublik wird ihre Verpflichtungen gegenüber der NATO erfüllen. Mit dieser Feststellung nahm am 17. Oktober ein Regierungssprecher in Bonn auf eine Frage von Presse-Vertretern zu den Erklärungen von Bundeskanzler Dr. Adenauer vor der CDU/CSU-Fraktion Stellung. Die praktische Ausführung der deutschen Zusage könne jedoch durch Schwierigkeiten bei der Unterbringung der deutschen Streitkräfte verzögert werden. Es sei daher möglich, daß sich die Bundesrepublik an die NATO wenden muß, um ihr darzulegen, daß im Anlaufprogramm „gewisse Verzögerungen“ entstehen könnten, wenn nicht mit den Alliierten eine Lösung der Unterbringungsfrage erreicht wird. Der Sprecher hob nachdrücklich hervor, daß der Einberufungstermin zum 1. April „in keiner Weise in Frage gestellt“ sei. Es könne höchstens darum gehen, ob es zu diesem Termin wegen der genannten Unterbringungsschwierigkeiten „zehntausend Einberufungen mehr oder weniger“ gibt. Jedoch seien im Hinblick auf den bis Ende 1957 gefaßten Aufstellungsplan von 270 000 Mann wahrscheinlich Improvisationen in der Unterbringungsfrage möglich.

31. Oktober 1956

Die Labilität der Stimmung

Besucher aus der Sowjetzone und aus dem Ausland sind durchweg höchst erstaunt, daß in der Bundesrepublik eine schwer erklärbare labile Stimmung herrscht, die mit der wirtschaftlichen Situation und dem äußeren Lebensstand schwer vereinbar zu sein scheint.

Dr. Otto Lenz, MdB, hat sich kürzlich auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise auf Grund der Meinungsforschung mit dieser Situation beschäftigt und zwar unter der Themastellung „Die soziale Wirklichkeit“. Zunächst ist festzustellen:

Der Arbeiter fühlt sich als Vollbürger, ohne Ressentiments oder Klassenkampfvorstellungen. Seine Freizeitinteressen und die eines Unternehmers, des Beamten oder Angestellten sind fast dieselben. Trotzdem sagt auf Befragen noch fast jeder zweite Arbeiter, im Dritten Reich sei es ihm besser gegangen — eine objektive Unrichtigkeit. Zu erklären nach der Meinung von Lenz nur dadurch, daß sich viele von heute nicht genug ange- sprochen und gewürdigt fühlen.

Noch immer besteht eine gewisse Staatsfremdheit des Arbeiters, der auch nicht genug von allen anderen Lebensbereichen weiß. Es fehlt noch am rechten Verhältnis zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen. Obwohl eine Fortentwicklung in der Richtung auf das Zweiparteiensystem zu beobachten ist: Die politischen Richtungen gehen quer durch die alte soziale Schichtung; 40 Prozent der Arbeiter und Landarbeiter sind CDU-Wähler. Aber zur Überwindung der Spannungen im Sozialgefüge sei eine wirkliche Reform unerlässlich.

Dr. Lenz kam ferner zu folgenden Ergebnissen:

Oberflächlich gesehen geht es den Deutschen in der Bundesrepublik heute gut, fast zu gut... Nur eine Zahl für viele: seit 1949 wurden 2,6 Millionen Wohnungen gebaut. Eine Riesenleistung, gleichzeitig mit einer enormen Hebung des Lebensstandards verbunden, die allerdings nicht alle erfaßt hat. Ein Fünftel der Haushalte mit rund neun Millionen Menschen lebt noch hart am Existenzminimum (250,— DM). Immerhin vier Fünftel nennen aufgefragten ihr Einkommen zufrieden- stellend. Zwei Drittel erklären: keine echten Geldsorgen (vor wenigen Jahren konnte die Hälfte nachts vor solchen Sorgen nicht schlafen), und ebenfalls zwei Drittel sind mit ihren Wohnungen zufrieden, 28 Prozent leben im eigenen Haus; nur sechs Prozent wohnen noch primitiv. 60 Prozent zahlen Mieten bis nur 60,— DM. Ebenfalls 70 Prozent kauften sich neue Möbel.

Die westdeutsche Bevölkerung ist heute im Durchschnitt besser be- haust und besser gekleidet als in anderen europäischen Ländern. Jede zweite Frau hat mehr als fünf Kleider im Schrank. 65 Prozent haben mehr als zwei gute Mäntel. Ähnlich steht es mit Schuhwerk und Wäsche. Trotzdem erklärt nur ein Drittel, „ausreichend“ mit Kleidern versehen zu sein. Die Hälfte der Bevölkerung isst täglich Fleisch. Jeder Zweite hat in diesen Jahren verreisen können. Jeder Sechste — insgesamt also 8,5 Millionen Menschen! — war seit 1949 mindestens einmal im Ausland.

Eine dunkle Seite entdeckte Dr. Lenz bei Durchsicht seiner demoskopischen

Bilanz auf geistigem Gebiet: 53 Prozent der Westdeutschen besitzen kein Buch, nur zwei Prozent ein politisches. Lenz verzeichnet ein ausgesprochenes Desinteresse an geistigen und politischen Dingen. Daher ist auch die politische Meinungsbildung beinahe unkontrollierbar, die staatsbürgerliche Aufklärung ganz unzureichend. Die Leitartikel der Presse vermögen nicht, Interesse zu erwecken, weil viele Ausdrücke wie z. B. „Konjunktur“ usw. gar nicht verstanden werden.

Lenz meint, die Anliegen der geistig Arbeitenden müßten viel stärker berücksichtigt werden. Mit Bedenken betrachtet er auch die Lage an den Universitäten, wenn 70 Prozent der Studenten von Erwerbsarbeit leben. Die veränderte soziale Schichtung prägt sich darin aus, daß es um 1900 noch ein Drittel Selbständige gab, heute weniger als ein Fünftel.

Insgesamt ein starker Zug zu Eigentum und bürgerlicher Ordnung. Nur noch ein Drittel von allen findet, man lebe noch nicht gut genug. Aber die Demokratie hängt davon ab, was der Staatsbürger von ihr weiß und ob er bereit ist, sich in ihr zu betätigen. Sonst, so konstatiert Lenz sorgenvoll, wird sie sich gegenüber den Totalitären nicht behaupten können. Der Staat von Weimar bleibe das warnende Beispiel!

Produktivitätssteigerung als Reserve

Auch die kommende wirtschaftliche Entwicklung wird unter dem Zeichen der Expansion stehen, wobei es darauf ankommt wird, das Tempo der Entwicklung so gleichmäßig zu beeinflussen, daß es nicht zu Spannungen an der einen oder anderen Stelle kommt.

Auch wenn die Automatisierung kein völlig neuartiger Vorgang ist, vielmehr in zahlreichen Wirtschaftszweigen bereits seit Jahren praktiziert wird, und auch wenn sie nur sehr unterschiedlich anwendbar ist, so stehen wir doch in einer Phase verstärkter Industrialisierung. Diese hat bisher nicht zur weiteren Verstärkung der Großbetriebe geführt und wird es bei richtigem Ansatz der wirtschaftspolitischen Mittel auch in Zukunft nicht tun.

Die Reserve für die weitere wirtschaftliche Expansion liegt in der Erhöhung der Produktivität. Das menschliche Arbeitskräftepotential wird in den nächsten 15 Jahren in der Bundesrepublik um jährlich $1\frac{1}{10}\%$ abnehmen (ebenso in Österreich), während es in allen anderen westeuropäischen Ländern Zunahmen bis zu $1\frac{1}{4}\%$ im Jahr erfahren wird. Die Produktionsergebnisse je Arbeiterstunde haben zwar auch in der Bundesrepublik zugenommen, und zwar von 1953 auf 1954 um 6% und von 1954 auf 1955 um 7% ; das ist aber weniger als z. B. in Belgien, Frankreich, Italien, Finnland. Noch ungünstiger für Westdeutschland ist der internationale Vergleich mit der Vorkriegszeit. Von 1938 bis 1945 betrug die Produktionssteigerung je Arbeiterstunde in

Holland	8%
Westdeutschland	9%
Österreich	15%
Schweden	27%
Großbritannien	30%
USA	40%

Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß die Wirtschaft bei uns „intensiver“ werden muß, das heißt: Mit einem Mindestbetrag von Aufwand, mit einem Minimum von Arbeitskräften, Kapital und Material muß eine Höchstleistung angestrebt werden, also: Leistungssteigerung im Verhältnis zum Aufwand. Zu diesem Ziel führen vor allem zwei Wege: verstärkte Berufsausbildung (die vermehrte Angestelltentätigkeit in Forschung, Planung, Arbeitsvorbereitung usw. war einer der wesentlichen Bestimmungsgründe der bisherigen Produktivitätssteigerung) und verbesserte Darbie-

tung von Energie zur Vermehrung der Maschinenarbeit, wobei jene Energieformen (Strom) den Vorzug verdienen, die zur Dezentralisierung beitragen. Der Übergang zur intensiven Wirtschaft wird allerdings ganz erhebliche Anforderungen an die Elastizität und vor allem die Kapitalkraft der Betriebe stellen.

Entscheidend kommt es darauf an, auch die Bereiche der kleinen und mittleren Betriebe in die Entwicklung einzufügen. Bestehende Hemmnisse, die den Möglichkeiten einer echten Rationalisierung mit Arbeitskräfte-Einsparung im Wege stehen, müßten dabei behoben werden. Auf dem Rheinischen Mittelstandstag in Köln bezeichnete in dieser Hinsicht Abg. Dr. Hellwig folgende Gesichtspunkte als wesentlich:

1. Das gegenwärtige Umsatzsteuersystem verschüttet Möglichkeiten rationaler Fertigung und Arbeitsteilung, da es den Anreiz, alle Produktionsphasen in einem Unternehmen zusammenzufassen, außerordentlich steigert.

2. Die Methoden der Gewerbeförderung müssen überprüft werden. Sie fördern zur Zeit das Bestreben der Gemeinden, vorzugsweise Großbetriebe heranzuziehen.

3. Zu prüfen wäre auch die Frage, ob neuerrichteten Betrieben eine steuerliche Schonfrist für eine bestimmte Anlaufzeit (etwa fünf Jahre) gewährt und auch den Kleinbetrieben wesentliche Möglichkeiten hinsichtlich der Abschreibung zugestanden werden können, um ihnen die Modernisierung der technischen Apparatur zu ermöglichen. Solche Maßnahmen würden nach einigen Jahren in einer Anhebung der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung spürbar werden.

Bautätigkeit in den Ländern

Der Zugang von 541 000 bezugsfertigen Wohnungen im Jahre 1955 bedeutet ein Bauergebnis von 108 Wohnungen auf 10 000 Einwohner.

	55	54	53	52
in Baden-Württemberg	116	119	113	94
in Bayern	97	93	84	80
in Berlin (West)	95	84	70	—
in Bremen	157	141	141	135
in Hamburg	135	139	142	144
in Hessen	118	109	100	88
in Niedersachsen	91	88	85	77
in Nordrhein-Westfalen	119	128	131	104
in Rheinland-Pfalz	91	89	83	75
in Schleswig-Holstein	81	86	88	73
im Bundesdurchschnitt	108	109	106	91

Junge Union als politisches Forum

„Wir stellen Leistungen gegen illusoriäre Versprechungen“, erklärte Landtagspräsident und Oberbürgermeister Josef Gockeln, Düsseldorf, auf der Landestagung der Jungen Union in Dortmund vor 2500 Delegierten. Er fuhr fort: „In den Rathäusern wird nicht nur verwaltet, in den Rathäusern wird auch Politik gemacht.“ Speziell zur Sabotage der Wehrfassung in Dortmund erklärte Gockeln:

„Die Diskriminierung von Gesetzen, die den örtlichen Machthabern nicht ins politische Konzept passen, ist nicht mehr Sache der politischen Freiheit, sondern Unterminierung der Staatsgrundlage. Herr Innenminister, ich fordere Sie auf, Ihr ganzes Augenmerk auf die ungeheuerlichen Vorgänge zu richten!“

Deskanzler Dr. Adenauer hatte sich die Tagung der CDU-Jugend als Forum höchst wichtiger Erklärungen zur

Außenpolitik erwählt. Seine genau abgewogenen Worte zur Befriedung der Völker und an die Adresse der um die Freiheit ringenden Völker des Ostens, sein Mahnur zur Einigung Europas fanden in der Weltöffentlichkeit ein bedeutsames Echo.

Gibt es einen größeren Vertrauensbeweis für die gerade in der CDU/CSU in breiter Front in die politische Verantwortung drängende Jugend? Der Kanzler forderte für die Arbeit in der CDU den

„Elan der Jugend, verbunden mit der auf die Erfahrung gegründete Geduld des Alters“.

Deutschlands Wiederaufstieg ist weitgehend das Verdienst des Kanzlers, seiner Regierung und der staatstragenden CDU, in der Alter und Jugend, Erfahrung und Leistung sich verbunden haben.

Aus dem Dschungel

Nicht nur der „Spiegel“ sondern auch Ernsthaftigkeit beanspruchende Publikationen veröffentlichten mit spürbarem Behagen eine mit Hilfe des Tonbandes gewonnene Indiskretion. Eine an sich keineswegs aufregende intime Unterhaltung zwischen dem Deskanzler und seinem Pressechef vor Aufnahme der letzten Rundfunkansprache Dr. Adenauer kam im Studio des Westdeutschen Rundfunks aufs Band und in die Öffentlichkeit. Weil es verschiedene Möglichkeiten der Verbreitung dieser Indiskretionen gibt, verzichtet man wohl allzugegen auf Feststellung der Schuld und der Schuldigen?

Es ist darüber hinaus einigermaßen befremdlich, daß die Öffentlichkeit und die verantwortlichen Publizisten gar nicht mehr das Beschämende der Veröffentlichung einer solchen Indiskretion aus privater Sphäre empfinden. Früher sprach man vom „Lauscher an der Wand“ und stufte ihn sprichwörtlich in die ihm gebührende Achtungsskala ein. Heute scheint dieser Takt gegenüber dem rein Persönlichen völlig verschwunden zu sein. Als vor einiger Zeit schon einmal Mißbrauch mit einem unfreiwilligen Tonbandgespräch getrieben wurde, war das

Echo einer solchen Handlungsweise erfreulich ablehnend. Man forderte sogar gesetzlichen Schutz gegen Lauscher-Mikrophone. Heute scheint man sich schon weniger zu entrüsten. Oder kommt das daher, daß es sich damals um einen prominenten SPD-Abgeordneten handelte, heute nur um einen Deskanzler?

Noch ein anderes Schlingengewächs aus dem Rundfunkdschungel verdient Erwähnung: Die Bundeswehr hat großzügig und völlig ohne Einschränkung Gelegenheit zu Filmaufnahmen aus dem Bereich des jetzigen Lebens- und Ausbildungsstandes gegeben. Was hat man daraus gemacht? Man hat die für sich selbst sprechenden Aufnahmen mit hämischem und abwertenden Sprechtexten versehen. Man hat aus andern Filmen gleichfalls abwertende und die Aufnahmen in ihrer Wirkung ins Gegenteil umkehrende Zwischenbilder hineinkopiert. Das Ganze hat man dann als Fernseh-Darbietung im Süddeutschen Rundfunk laufen lassen. Außerdem noch mit der verlogenen Bezeichnung „Dokumentarfilm“. Gehören solche Zerrbilder in den Rundfunk, der angeblich der objektiven Meinungsbildung dienen will?

Geschmacklos

In FDP-Kreisen fühlt man sich gekränkt, daß der Deskanzler das Scheitern der sogenannten Weimarer Gespräche mit den sowjetzonalen LDP-Funktionären als „vollendetes Reinfäll“ bezeichnet hat. Nach den Erklärungen der sogenannten „Nationalen Front“ gegen öffentliche Versammlungen hüben und drüben mit Redneraustausch ist die Bezeichnung „Reinfäll“ durchaus zutreffend. Aber selbst wenn solche dirigierten Veranstaltungen, natürlich mit entsprechender Gegenwirkung, zustande kommen sollten, so würden solche Kontakte schon in der Zahl der erfaßten Hörer völlig belanglos sein gegenüber den wirklichen Kontakten, wie sie durch die Millionen Besucher hüben und drüben sowie durch die täglich gehörten Rundfunksendungen des Westens hergestellt werden. Recht ge-

schmacklos ist es aber, wenn man in FDP-Kreisen diese Kontakte mit SEDistischen LDP-Funktionären in Parallele stellt zu der Fühlungnahme der Bundesregierung mit der für die Wiedervereinigung wirklich zuständigen Stelle, nämlich mit der Moskauer Regierung, auf dem Wege eines offiziellen diplomatischen Memorandums. Hier hat sich unter Einschaltung auch der anderen Mächte wirklich Politik vollzogen, während das, was durch die Weimarer Wackelkontakte geschieht, eine höchst fragwürdige „Politik“ in Anführungsstrichen ist.

Im Endergebnis haben diese wahlagitorischen Spielereien der FDP nur die Hoffnung in gegnerischen Lagern verstärkt, daß die in der Wiedervereinigungsfrage geschlossene Front der deutschen Parteien doch noch aufgeweicht

werden kann. Die Ereignisse in Warschau und Budapest haben gezeigt, wie widersinnig es ist, die Funktionäre des kommunistischen Gewaltsystems anzusprechen, die bei den Völkern selbst nur gehaßt werden.

Stalin-Opfer gegen Dehler

Die FDP und im besonderen Dr. Dehler haben sich die Freilassung des früheren sowjetzonalen LDP-Ministers Hamann als besonderes Verdienst ange- rechnet. Wie wir bereits in der letzten Ausgabe feststellten, war die Freilassung Hamanns im Zuge der Entstalinisierung sowieso vorgesehen. Nun haben sich die in der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ zusammengeschlossenen ehemaligen politischen Häftlinge nachdrücklich von solchen „Opfern“ distanziert, die sich — wie Hamann — in den Fallstricken des von ihnen selbst bejahten und unterstützten Systems gefangen haben: „Es muß größtes Befremden erwecken, daß der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler anlässlich seiner Gespräche in der Sowjetzone seine Bitte um Freilassung ausgerechnet auf einen Mann bezog, der durch Zugehörigkeit zur Sowjetzonen-Regierung“ bis Ende 1952 die volle Mitverantwortung an den Handlungen dieser Regierung, besonders an der Inhaftierung tausender politisch Andersdenkender, trägt.

Eine Bitte um Freilassung der noch inhaftierten 15 000 politischen Opfer des stalinistischen Systems wäre von der ganzen freien Welt, besonders aber von unseren Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone verstanden worden.

Es wird nicht bezweifelt, daß die Vorwürfe, die zur Verurteilung Hamann führten, unbegründet waren. Aber die Mitschuld an der noch immer andauern- den Haft tausender freiheitlich denkender Menschen halten die ehemaligen politischen Häftlinge für ein Verbrechen, das durch die vierjährige Haft Hamanns nicht im entferntesten gesühnt worden ist.“

Aus der Bundestagsfraktion

Der Bundestagsausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht befaßte sich mit dem Entwurf eines Dritten Gesetzes über die Altersgrenze von Richtern an den oberen Bundesgerichten und Mitgliedern des Bundesrechnungshofes. Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion stimmten dem Regierungsentwurf in dem Punkt zu, wonach die Altersgrenze für die Richter an den oberen Bundesgerichten mit 68 Jahren festgesetzt wird. Die bisherige Regelung aus dem Jahr 1954 bestimmt eine Dienstzeit bis zum 70. Lebensjahr. Dabei wurde von Seiten der Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion betont, daß die frühere Regelung situationsbedingt gewesen sei, weil eine hinreichende Zahl jüngerer geeigneter Richter für die oberen Bundesgerichte noch nicht zur Verfügung gestanden habe. Die jetzige Regelung sei aber als Übergangsregelung notwendig bis zum Inkrafttreten des künftigen Richtergesetzes, das die Altersgrenze dann endgültig festlegen wird.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 — Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 — Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102 — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, Postscheckkonto Köln 365 31; Bankverein Westdeutschland, Bonn Nr. 74 87.